

Nur nebenbei sei vermerkt, daß aber bei den Quellenzitate eine wenig befriedigende Lösung gefunden wurde. Nicht nur, daß die Quellenangaben uneinheitlich sind (neben dem Nachweis des Standorts im DÖW wird manches Mal in der Titelüberschrift des Dokuments ein genauere Quellennachweis gegeben, manches Mal nicht)<sup>9</sup>. Überhaupt wäre in vielen Fällen in den Titeln der Dokumente deren jeweiliger Inhalt (eventuell auch in Form eines Kurzregests) klarer zu fassen gewesen. Aber auch die Verweise bei vielen Dokumenten auf die Standortnummern im DÖW sind nicht immer ausreichend, dürfte es sich dabei doch in vielen Fällen um Kopien aus anderen Archiven handeln. Nur im Fall der verfilmten Bestände der »National Archives« und der Justizbehörden wurden durchgehend zusätzliche Quellenverweise gemacht. Die später folgenden Bände des gesamten Werkes sollten hier vielleicht einen anderen Weg einschlagen.

Wenn im Kapitel über die Judenverfolgung wichtige Gesetze, Verordnungen, Erlasse nur selten nach den Gesetz-, Verordnungs- und Amtsblättern des »Reiches«, der Stadt Wien und des NSDAP-Gaues oder doch den einschlägigen Sammlungen, in vielen Fällen jedoch nur nach Veröffentlichungen in verschiedenen Presseorganen zitiert werden, kann der Eindruck eines eher zufälligen Zustandekommens der Auswahl nicht ganz vermieden werden.

Allgemein ist hervorzuheben, daß der der Dokumentation zugrunde gelegte Widerstandsbegriff sich als tragfähig erwiesen hat. Er wird, in Anlehnung an die exemplarische Untersuchung H.-J. Steinbergs über »Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945«<sup>10</sup> in der Einleitung zum 1. Band klar gefaßt. Die eingangs dargelegte Bedeutung der antinazistischen »Koalition« für die Erforschung des Widerstands in Österreich rechtfertigt diese Vorgangsweise. Dadurch, daß von vornherein keine politische Richtung ausgeschlossen wurde und das Forschungsinteresse in Österreich nie in jenem Ausmaß wie lange Zeit in der BRD auf den »großen«, meist militärischen oder konfessionellen Widerstand ausgerichtet war, bleiben auch sogenannte Bagatellfälle und alltägliche Äußerungen einer oppositionellen Haltung im Blickfeld. Und gerade darin liegt die besondere Relevanz der rezensierten Dokumentation für die Sozialgeschichte und die Geschichte der Arbeiterbewegung, auch wenn sich hinsichtlich der Abgrenzung des Untersuchungsobjekts Bedenken vorbringen lassen: Inwieweit erfassen Verfolgung und Widerstand das soziale Phänomen faschistischer und halbfaschistischer Diktaturen? Können sie in der konkreten Realität abgelöst werden von Propaganda, Versprechungen und Formen wirtschaftlicher und psychologischer Belohnung? Können faschistischer Terror und oppositionelles Verhalten von mindestens periodenweise konformistischem oder aktiv zustimmendem Verhalten großer Bevölkerungsteile isoliert werden?

Dennoch wiegen, nicht zuletzt in Anbetracht einer notwendigen wissenschaftlichen Spezialisierung, solche Bedenken keineswegs schwer. Zweifellos handelt es sich bei dem rezensierten Werk um eine Arbeit, die über ihre politisch-pädagogische Bedeutung hinaus als wissenschaftlich verlässliche Dokumentensammlung und, wegen ihrer knappen Einleitungsteile, auch als Nachschlagewerk weite Anerkennung finden wird. Gerhard Botz

William E. Paterson and Ian Campbell, *Social Democracy in Post-War Europe*, St. Martin's Press, New York 1974, 82 S.

Der Studie liegt die Feststellung zugrunde, daß die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas weder eine gemeinsame Ideologie noch ein gemeinsames Organisationsmuster besitzen. Ihre Gemeinsamkeit liege vielmehr in ihrem Bestreben, die Gesellschaft im Interesse der Arbeiterschaft und der unterprivilegierten Klassen zu verändern. Die Absicht der

<sup>9</sup> Siehe etwa die Dokumente auf S. 161 ff., Bd. 1.

<sup>10</sup> 2. Aufl., Bonn-Bad Godesberg 1973.

Verfasser ist es, die sozialdemokratischen Parteien auf ihr Verhältnis zu den kommunistischen Parteien, auf ihre verschiedenen Ideologien und ihre außen- und innenpolitischen Konzeptionen hin zu untersuchen. Hervorgehoben werden die wechselnden Beziehungen der sozialistischen Parteien Frankreichs und Italiens zu den kommunistischen Parteien in ihren Ländern. Im Gegensatz dazu wird auf die klare Trennung zwischen der SPD und der bis 1965 bestehenden KPD in der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen. Angedeutet wird das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Parteien in den einzelnen Ländern, das im großen und ganzen als sehr eng bezeichnet wird. Eine Ausnahme bildet wiederum der Deutsche Gewerkschaftsbund, der in den Nachkriegsjahren speziell im Hinblick auf die europäische Integrationsfrage der CDU näherstand als der SPD. Hingewiesen wird auf die antiklerikale Haltung der Parteien, die sich jedoch in den letzten Jahren weitgehend verändert hat und um Verständigung mit den kirchlichen Institutionen bemüht ist. Ideologisch haben sich die sozialistischen Parteien von strikten Klassenparteien zu breit angelegten, nationalen, gemäßigten Volksparteien entwickelt. In diesem Zusammenhang wird auch kurz auf die Abwendung der studentischen Jugend und Intellektuellen von den sozialistischen Parteien aufmerksam gemacht, die deren Führungsstruktur und Programme als zu konservativ kritisieren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg mußten sich einige sozialistische Parteien in ihrer Außenpolitik mit bestimmten Problemen auseinandersetzen. So die S. F. I. O. unter Mollet, die den Kampf in Algerien fortsetzte, wie auch die Labour Party, die zwar vier britischen Besitzungen in Asien ihre Unabhängigkeit gab, in afrikanischen Kolonien aber oft eine paternalistische Haltung einnahm. Hinsichtlich der europäischen Einheitsbewegung divergierten die westeuropäischen sozialistischen Parteien. Sowohl der Schuman-Plan als auch die NATO wurden anfänglich von der SPD abgelehnt. Weder die Labour Party noch die skandinavischen sozialistischen Parteien traten für den Beitritt zur EWG ein, deren Etablierung wiederum von der SPD unterstützt wurde. Innenpolitisch waren die meisten Parteien verhindert, ihr eigentliches Ziel, die Restrukturierung der Gesellschaft, durchzusetzen, da sie mit konservativen Parteien Koalitionen eingehen mußten, die drastischen gesellschaftlichen Veränderungen entgegenstanden. Eine Ausnahme bildeten die skandinavischen Länder und Großbritannien, wo die sozialistischen Parteien teilweise ohne Koalitionspartner die Macht ausübten. In England konnte deshalb die Verstaatlichung großer Industrien und des Transportwesens durchgeführt werden. Ebenso wurden grundsätzliche Reformen im Wohlfahrtswesen sowohl in Großbritannien als auch in Norwegen und Schweden eingeführt. Doch stehen gerade diese Länder, wie die von den Verfassern angeführten Statistiken zeigen sollen, in ihren Sozialausgaben gemessen am Bruttosozialprodukt hinter der BRD und Frankreich zurück.

Das Hauptproblem der einzelnen sozialistischen Parteien sehen die Verfasser in der Identitätsfrage. In Italien hatte die P. S. I. Schwierigkeiten, ihre Autonomie zu behaupten, und zwar sowohl gegenüber den Kommunisten, wenn sie zusammen mit der K. P. I. in der Opposition steht, als auch gegenüber den Konservativen, wenn sie mit ihnen eine Regierungskoalition eingeht. Dasselbe Problem ist bei den französischen Sozialisten vorzufinden. Die SPD versuchte aufgrund ihrer Ostpolitik, welche die Anerkennung der DDR zur Folge hatte, die Festigung einer neuen nationalen Identität zu fördern.

Die Autoren kommen zu dem Schluß, daß die politische und geistige Gärung innerhalb und außerhalb der Parteien ein Beweis ihrer andauernden Vitalität sei. Darüber hinaus hätten sie die Fähigkeit, die Loyalität einer beträchtlichen Anzahl von Wählern zu erhalten. Leider werden in dieser skizzenhaften Studie nur Themen angeschnitten, ohne auf die viel komplizierteren Sachverhalte einzugehen. Das Verhältnis zwischen Sozialisten und Kommunisten wird nur angedeutet, ohne daß die historisch-ideologische Entwicklung berührt wird. Das Kapitel über Ideologie muß daher notgedrungenenerweise oberflächlich bleiben. Auch der Versuch, die Außen- und Innenpolitik der Parteien zu beleuchten und

zu vergleichen, bleibt nur skizzenhaft. Gegebenenfalls kann die vorliegende Kurzanalyse dem Uninformierten als Einführung dienen.

Wolfgang Schlauch

Heribert Knorr, *Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition (= Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 9)*, Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1975, 362 S., geb., 39,50 DM.

Die Große Koalition Ende der sechziger Jahre markiert einen Einschnitt in der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland: Die Krise der CDU/CSU war ein Spiegelbild der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise der BRD mit Arbeitslosigkeit, Reformunfähigkeit und Stagnation in der Deutschland- und Europapolitik. Die Unfähigkeit, diese Probleme zu lösen, schlug sich auf die Arbeitsfähigkeit der Leitungsinstitutionen Parlament und Regierung nieder. Die Legitimationsdefizite offenbarten sich in gesellschaftlichen Unruhen, die vor allem von den Hochschulen ausgingen. Die Große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD – bis 1966 oppositioneller Gegenspieler der CDU/CSU – schien die Befürchtungen über die Funktionsunfähigkeit des parlamentarischen Systems zu bestätigen; an die Stelle des Konkurrenzmodells von Regierung und Opposition war die Konkordanz der entscheidenden politischen Kräfte getreten. Diese Situation löste eine große Diskussionswelle aus, die sich von der Kritik an der mangelnden Opposition allmählich über die an einzelnen Sachbereichen wie z. B. der Bildungspolitik zu einer grundsätzlichen Systemkritik ausweitete. Dabei bildeten sich unterschiedliche gesellschaftliche Gruppierungen und »Koalitionen«, die mit dem Begriff »Außerparlamentarische Opposition« umschrieben werden.

Heribert Knorr konzentriert sich in seiner Studie auf einen Teilaspekt aus dem Spektrum der Großen Koalition. Er analysiert »auf der Grundlage der empirischen Analyse« (S. 14) das Verhalten der Koalitionsfraktionen im politischen Entscheidungsvorgang. Er will damit einen »Gesamtüberblick über Stil, Arbeit und Leistung der Großen Koalition« (S. 14) geben. Darüber hinaus will er die Erfahrungen, die in Österreich mit dem Modell der Großen Koalition gemacht wurden, mit den westdeutschen vergleichen. Diese Absicht wurde nur insoweit eingelöst, als Knorr sich auf die Schilderung des österreichischen Proporzmodells in Grundzügen beschränkt (S. 20–25).

Die Arbeit ist vom Ansatz her »teils historisch-deskriptiv« und eine »teils strukturell-funktionale Analyse des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses während der Großen Koalition« (S. 25). Da der Autor sich nicht mit der gesetzgeberischen Arbeit beschäftigt, sondern sich »mit den strukturellen und funktionalen Konsequenzen [...] für die Handlungsweise und Funktionsfähigkeit« (S. 25) des Parlaments befaßt, wirkt die Arbeit streckenweise formal; dieser Eindruck wird noch dadurch verstärkt, daß der deskriptive Teil über den Sturz Erhards und die Bildung der Regierung Kiesinger/Brandt (S. 32–121) sehr ausführlich ist und wegen seiner epischen Breite die Anlage der Arbeit undurchsichtig macht.

Die Analyse des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses in dem Dreieck Parlament – Fraktion – Regierung ist eine Variation ähnlicher Fragestellungen im Bereich der Institutionenkunde, die nur ein weiteres Beispiel für die Anwendung der Methode liefert. Knorr stellt sich bewußt in diese Linie; er konzentriert sich explizit auf folgende Ziele: Seine Arbeit soll einen Beitrag zur Geschichte des parlamentarischen Regierungssystems der BRD und gleichzeitig zur Institutionenlehre (S. 27) liefern.

Die Analyse des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses wird – wie schon erwähnt – auf die Struktur des Prozesses unter Vernachlässigung der inhaltlichen Fragen des Gesetzgebungsverfahrens eingengt; das führt dazu, daß die gesellschaftlichen und politischen